

# Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 7

PDF erstellt am: **06.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zusätzlich werden durch Integrationserfolge individuelle und gesellschaftliche Ressourcen frei gesetzt.

Es ist nicht die Absicht des Chancenmodells alle teilnehmenden Sozialhilfebeziehenden beruflich zu integrieren, da dies die wirtschaftlichen Gegebenheiten und die persönlichen Voraussetzungen der Klientinnen und Klienten nicht zulassen. Für die Sozialhilfebezie-

henden, für welche keine berufliche Integration erreicht werden kann, wird mit dem Chancenmodell eine möglichst umfassende soziale Integration angestrebt. Solange die Erwerbsarbeit jedoch das zentrale Mittel der gesellschaftlichen Integration darstellt, muss der Fokus auf der beruflichen Integration liegen.

*Michelle Bühlmann*

*Assistentin im Projekt «Arbeit statt Fürsorge»*

## Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

- **Teilrevision Asylgesetz:** Der Bundesrat hat Ende Juni Richtungsentscheide über das weitere Vorgehen bei der Teilrevision des Asylgesetzes gefällt. Unter anderem sollen anstelle der heutigen vorläufigen Aufnahme zwei Status geschaffen werden. Asylsuchende, die keine anerkannten Flüchtlinge sind, die Schweiz aber voraussichtlich nicht verlassen werden, erhalten neu eine integrative Aufnahme. Diese betrifft vor allem Personen, deren Wegweisung nach Ansicht der Asylbehörden unzulässig oder unzumutbar ist. Diese Rechtsstellung beinhaltet einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Diese Personen sollen im Erlernen einer Landessprache und in ihrer Berufsausbildung gefördert werden. Personen, bei denen der Vollzug der Wegweisung unmöglich ist, werden geduldet (Rechtsstellung wie die heute vorläufig Aufgenommenen). Ferner soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, ein Arbeitsverbot zu erlassen: Es soll sich auf bestimmte Gruppen von Asylsuchenden beschränken und befristet sein. Damit soll der Bundesrat auf Krisen reagieren können.

- **Gleichgeschlechtliche Paare:** Der Gesetzesentwurf über die eingetragene

Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare ist in der Vernehmlassung mehrheitlich auf Zustimmung gestossen. Während den Organisationen der Betroffenen die Vorschläge teilweise zu wenig weit gehen, befürchten vorwiegend konservative Kreise eine Aushöhlung der Ehe. Nur wenige lehnen die Schaffung eines Rechtsinstituts für gleichgeschlechtliche Paare ausdrücklich ab. Der Bundesrat hat Ende Juni von den Vernehmlassungsergebnissen Kenntnis genommen und das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bis Ende Jahr eine Botschaft auszuarbeiten.

- **AusländerInnenanteil:** Der Anteil der AusländerInnen an der Schweizer Wohnbevölkerung betrug Ende April 19,8 Prozent, wie das Bundesamt für Ausländerfragen mitteilt. Damit stieg die ständige ausländische Wohnbevölkerung – ohne AsylbewerberInnen, KurzaufenthalterInnen, Saisoniers und internationale FunktionärInnen – in einem Jahr um 34'092 auf 1'429'574 Personen. Drei Viertel der AusländerInnen besaßen eine Niederlassungs- und ein Viertel eine Jahresbewilligung.

*Pressedienste Bundesverwaltung/gem*